

Kritiker des Spielplatzes geben auf

Projekt Es sieht gut aus für den Abenteuer-Spielplatz der Schweizerischen Bodensee-Schiffahrt. Sowohl der Heimatschutz als auch die grösste Oppositionsgruppe geben den Widerstand auf. Es sind finanzielle Überlegungen, warum die beiden das Projekt nicht weiter bekämpfen. «Wir haben das nötige Geld schlicht nicht», sagt Gianni Christen, der Geschäftsführer des Thurgauer Heimatschutzes. Gleich tönt es bei der «IG Bunkerwiese für alli...», die über 1000 Unterschriften gesammelt hatte, um den geplanten Abenteuer-Spielplatz mit Piratenschiff, Aussichtstürmen, Schatzhöhle und Camping-Hütten zu verhindern.

«Die rund 15 000 Franken für den Gang ans Verwaltungsgericht hätten wir wahrscheinlich mit Ach und Krach aufreiben können», sagt Silvan Mumenthaler von der Kerngruppe der Widerstandsbewegung. Doch weil der Kanton das 3-Millionen-Projekt ganz offensichtlich wolle und bereit sei, einen hohen Preis zu bezahlen, würden die Richter in Weinfelden den erstinstanzlichen Entscheid des Departements für Bau und Umwelt (DBU) vom 30. April zu Gunsten der geplanten Freizeitanlage mit grosser Wahrscheinlichkeit bestätigen, sind sich Mumenthaler und Christen einig. Will heissen: Am Schluss hätten sie ans Bundesgericht gelangen müssen, was teuer geworden wäre und ihre finanziellen Möglichkeiten überstiegen hätte.

Heimatschutz hält an Kritik fest

«Mit einem Sponsor im Rücken hätten wir selbstverständlich weitergemacht», stellt Christen klar. Sie seien nach wie vor überzeugt, dass der Abenteuer-Spielplatz gegen die geltende Konzession verstosse, mit der vom Kanton geregelt ist, wie die Schweizerische Bodensee-Schiffahrt (SBS) das aufgeschüttete Gelände direkt bei der Hafeneinfahrt nutzen kann.

Zum einen sei die öffentliche Zugänglichkeit des Areals nicht mehr gewährleistet, wenn der Spielplatz in Betrieb sei, für die Besucher in der Hauptsaison, die Eintritt zahlen müssen, sagt Christen. Zum anderen sei der 17 Meter hohe Aussichtsturm nicht mit dem Ortsbildschutz vereinbar. (ms)

Positives Jahr für Kasten-Bahn

Tourismus Die Seilbahn auf den Hohen Kasten schliesst 2017 mit einem Ertrag von 2,3 Millionen Franken ab. Es wurden zwar weniger Gäste als im Vorjahr transportiert, trotzdem war der Ertrag pro Fahrt höher als im Vorjahr. Insgesamt nutzten im letzten Jahr 189 629 Personen die Seilbahn. Das waren 8,5 Prozent weniger als noch 2016. Im Vergleich zum Vorjahr habe die Bahn trotz tieferer Frequenzen mehr Ertrag erzielt, weil im 2016 viele vergünstigte Billette im Umlauf waren, teilte die Hoher Kasten Drehrestaurant und Seilbahn AG am Dienstag mit. Unter dem Strich resultierte nach Abschreibungen von einer Million ein Jahresgewinn von 55 499 Franken. (sda)

Das Toggenburg spricht sich aus

Bergbahnenstreit Vertreter der beiden Bergbahn-Unternehmen im Toggenburg und des Kantons St. Gallen setzen sich an einen Tisch – Gastgeber ist der Bund.

Regula Weik
regula.weik@tagblatt.ch

Die Bergbahnen in Elm und Braunwald erhalten sie, auch die Bahnbetreiber am Pizol können darauf zählen – auf staatliche Unterstützung. Die Bergbahnen Wildhaus AG hätte dies auch gern. Sie hat bislang erfolglos dafür gekämpft. Nun gibt es einen Hoffnungsschimmer – und zwar am Berner Himmel. Die Wildhauser hatten bereits im Frühling angetönt, dass sie ihre Hoffnung auf das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) setzen. Diese Woche soll nun ein Treffen stattfinden, wie das Regionaljournal von Radio SRF meldete. Dies treffe zu, sagt Mediensprecher Fabian Maienfisch auf Nachfrage. Das Seco sei im Gespräch mit den beiden Bergbahn-Unternehmen und Kantonsvertretern aus St. Gallen. Ziel des Treffens sei, «Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit im Toggenburg auszuloten».

Mit dieser steht es in der Tat nicht zum Besten. Die Verantwortlichen der Bergbahnen haben sich über Wochen öffentlich bekriegt. Auf Vorwürfe von hiesigen folgten Anschuldigungen von drüben – und umgekehrt.

Bundsgelder sind blockiert

Der Streit der beiden ist denn auch der Grund, weshalb die St. Galler Regierung Gelder blockiert hält, auf welche die Bergbahnen Wildhaus AG angewiesen ist. Die Wildhauser wollen ihr Skigebiet ausbauen – und hoffen dabei auf Mittel der Neuen Regionalpolitik (NRP), die von Bund und Kanton finanziert wird. Sie beantragten ein Darlehen von fünf Millionen Franken. Doch die Regierung stand auf die Bremse.

In den vergangenen Wochen ist es ruhiger um die Streitparteien geworden – jedenfalls in der Öffentlichkeit. Kommt das Gespräch auf das Toggenburg, ist der Bergbahnenstreit jedoch rasch ein Thema. Und das Treffen mit dem Seco deutet an: Die beiden Bahnbetreiber dürften sich kaum geeinigt haben. So überrascht nicht, dass keine Angaben zum Inhalt des Austausches gemacht werden. Die Gespräche seien vertraulich; er könne daher inhaltlich nichts dazu sagen, so Seco-Mediensprecher Maienfisch. Auslöser des Streites war ein «unfreundliches Übernahmeangebot» per Zeitungsin-

serat. So empfanden die Wildhauser die Avancen der Toggenburger Bergbahnen AG, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen hatte. Seither ist ein Jahr ins Land gezogen – ohne, dass die beiden von ihren Positionen abgerückt wären.

Die Ansage der Regierung war unmissverständlich: Die beiden Bergbahn-Unternehmen sollen sich auf eine weitere Zusammenarbeit einigen, dann fliesse das Geld. Und ihre Forderung: ein Berg, ein Ticket. Die Regierung verlangt von den beiden Unternehmen, dass sie auch künftig ein gemeinsames Skiticket anbieten. Gesichert ist dieses nur noch für die Saison 2018/2019. Danach müssten Wintersportler zwei Tickets lösen, um sämtliche Liftanlagen zwischen Wildhaus und Alt St. Johann benutzen zu können. Noch glaubt im Toggenburg niemand richtig daran, dass es so weit kommen könnte. Das Risiko, dass es kein gemeinsames Ticket mehr gebe, schätze er auf unter zehn Prozent, sagte kürzlich ein Einheimischer.

Die Bergbahnen Wildhaus AG ist klar der Meinung, dass ihr das Geld zusteht. «Die Auflage der Regierung ist willkürlich und missbräuchlich», sagte ihr Verwaltungsratspräsident Jack Rhyner im Dezember vor den Medien. Und er liess keine Zweifel daran: «Wir werden weiterkämpfen.» Wenige Tage später war klar: Das Bahnunternehmen unternimmt juristische Schritte. Es gelangte mit einer Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht. Dieses hat in der Sache noch nicht entschieden.

Start des Ausbaus verzögert sich

Für die Wildhauser steht aktuell einiges auf dem Spiel. Tut sich nichts in der Pfalz, tut sich auch nichts in ihrem Gebiet. Sie mussten ihr Ausbauprojekt bereits um ein Jahr verschieben – «wegen der blockierten Bundsgelder», wie sie im Dezember mitteilten. Wird in absehbarer Zeit keine Einigung erzielt, dürfte auch der Baustart im Frühling 2019 wackeln. Hat die Bergbahnen Wildhaus AG bis im Spätsommer nicht die Gewissheit, dass die Regierung die fünf Millionen freigibt, dürfte sie ihre Aktionäre an der nächsten Generalversammlung im Frühjahr über eine weitere Verzögerung der Ausbaupläne orientieren müssen.



Unterwegs vom Iltios auf den Chäserrugg.

Bild: Urs Bucher (Iltios, 8. Juli 2016)

Ein Einheimischer, der anonym bleiben will, meint: Die Hoffnung auf das Seco sei berechtigt. Der Bund lechze danach, Gelder aus dem Topf der Nationalen Regionalpolitik vergeben zu können, und Wildhaus könne ihm ein fertiges Projekt auf dem Silbertablett servieren. Der Bund hatte in der Tat früh Gefallen am Projekt

mit dem Namen Wildhaus 2.0 gefunden; so empfahl er bereits vergangenen Juli, den Antrag um Mitfinanzierung über fünf Millionen gutzuheissen. Die Wildhauser wollen drei veraltete Skilifte durch eine neue 6er-Sesselbahn ersetzen. Das Seco spricht denn auch von einer «massgeblich verbesserten Qualität des Ange-

bots». Die strategische Ausrichtung auf Familien, Gruppen und Wintersportanfänger, die zum ersten Mal mit Schnee in Berührung kommen, sei eine «Anpassung an veränderte Marktbedingungen». Das Projekt trage zu «einer gesunden Konkurrenzfähigkeit der ganzen Destination Obertoggenburg» bei.

Eine Lehre ohne Abschluss und Zeugnis

Gewerbe Lernschwache Jugendliche im Thurgau können eine niederschwellige Ausbildung machen. Das kantonale Angebot ist schweizweit einzigartig und bewahrt junge Leute davor, Sozialhilfefälle zu werden.

Es soll ein letzter Ausweg sein für Jugendliche, die den Schritt in die Arbeitswelt sonst nicht schaffen: das niederschwellige Ausbildungsangebot des Kantons. Ein etwas komplizierter Name, doch «kantonaales Attest» genehmigte der Bund nicht. Die Idee ist dieselbe: kognitiv schwachen Schulabgängern, die keine Lehre schaffen, aber auch keine IV-Unterstützung erhalten, den Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen.

Im August werden die ersten 15- bis 18-jährigen Thurgauer das Angebot nutzen.

Marcel Volkart, Leiter des Amts für Berufsbildung und Berufsberatung, rechnet mit etwa 20 Jugendlichen pro Jahr. Während zwei Jahren arbeiten sie in einem Betrieb. Allerdings gibt es keine Lernziele, die Betriebe können auf die individuellen Fähigkeiten der Jugendlichen eingehen. Einen Tag pro Woche besu-



Behandelt werden grundlegende Themen. Bild: Gaëtan Bally/KEY

chen die gut 20 Jugendlichen gemeinsam das Bildungszentrum für Bau und Mode in Kreuzlingen. Dort werden sie von einem Berufsschullehrer möglichst individuell betreut. Themen sind etwa Umgangsformen in der Arbeitswelt, Arbeitssicherheit, die Fähigkeit, sich zu orientieren oder mit Geld umzugehen. «Anstatt zu rechnen, kochen die Jugendlichen vielleicht mal miteinander und müssen dabei heraus-

finden, wie viel Reis es für fünf Personen braucht», erklärt Rektor Hermann Grünig. Oder anstatt deutsche Grammatik zu lernen, füllen sie gemeinsam einen Arbeitsrapport aus.

Für Branchen mit einem Gesamtarbeitsvertrag sind die Absolventen danach noch immer ungelernete Arbeitskräfte. Das Ziel ist es deshalb, dass die Jugendlichen mit ihrer Erfahrung eine Lehre machen können. (lsf)